

Thomas Krämer-Badoni

Urbanität und gesellschaftliche Integration¹

Zusammenfassung: Der Beitrag setzt sich kritisch mit der These auseinander, die Stadt sei hinsichtlich der Integration von Migranten auf dem Weg zurück ins 19. Jahrhundert. Im Gegensatz dazu wird hier die These vertreten, dass die Stadt immer zugleich Integration und Ausgrenzung hervorgebracht hat. Die Unterschichtung der städtischen Bevölkerung durch die Migranten ist geradezu das Mittel der Integration, nicht etwa der Indikator für Ausgrenzung. Die einzige historische Entwicklungsphase, für die in Deutschland ein kontinuierlich wachsender Integrationsgrad der Migranten angenommen werden kann, ist die Zeitspanne von 1960 bis 1975. Diese Zeitspanne ist somit erklärungsbedürftig. Entwickelt man aus dieser Zeitspanne die normativen Postulate an die Integration von Migranten, überschätzt man notwendigerweise die Integrationsfähigkeit von Gesellschaften, was wiederum zu politisch unbefriedigenden und schädlichen Auseinandersetzungen führen muss.

1. Einführung

In wissenschaftlichen Auseinandersetzungen gibt es nur wenige Themengebiete, die so vermint sind wie „Integration ausländischer Migranten“, „Multikultur“, „ethnische Segregation“ usw. Dies liegt wohl vor allem daran, dass hinter bestimmten Standpunkten leicht politische rechte Positionen vermutet werden. Wer z.B. räumliche Segregation von Migrantinnen und Migranten oder die Bildung ethnischer Kolonien nicht von vornherein ablehnt, läuft Gefahr, in die rechte Ecke gestellt oder gar als politisch rechtsextrem denunziert zu werden – wie dies

¹ Klaus Kuhm und Werner Petrowsky von der Zentralen Wissenschaftlichen Einrichtung (ZWE) „Arbeit und Region“ in Bremen sowie Martin Kronauer und Berthold Vogel vom Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut in Göttingen bin ich für die ausführliche Diskussion der ersten Entwürfe dieses Artikels zu großem Dank verpflichtet. Diese Diskussionen haben mich genötigt, an vielen Stellen präziser und deutlicher zu formulieren. Es versteht sich aber von selbst, dass sie nicht für die von mir hier vertretenen Positionen verantwortlich sind. Diese sind allein vom Autor zu vertreten.

kürzlich Wilhelm Heitmeyer in seiner Auseinandersetzung mit Walter Siebel demonstriert hat (Heitmeyer 1998: 454).

Wo gesellschaftskritische Positionen einen so starken Konsensdruck entwickeln, dass abweichende Meinungen mit Anfeindung rechnen müssen, ist die Gefahr besonders groß, dass man es mit den wissenschaftlichen Grundlagen der konsentierten Positionen nicht mehr so genau nimmt. Aber gerade dort, wo fast alle einer Meinung sind, weil sie aus politischen Motiven einer Meinung zu sein haben, kommt es auf die Genauigkeit der zugrunde liegenden Analysen an. Gerade weil alles so selbstverständlich auf der Hand zu liegen scheint, ist eine offene und politisch nicht vorentschiedene Auseinandersetzung nötig. Eine solche Diskussion ist allerdings nur dort möglich, wo Thesen und Positionen wissenschaftlich und nicht politisch begründet werden. Deshalb ist die Auseinandersetzung mit Häußermanns Thesen zum Versagen der „Integrationsmaschine Stadt“ lohnender als jene mit Heitmeyers politisch motivierten Ausführungen. Im Folgenden geht es daher um eine Auseinandersetzung mit den wissenschaftlichen Begründungen der genannten Thesen, nicht um die Fragen, mit welchen politischen Mitteln die Integration von Ausländern bewerkstelligt werden oder welche Rolle die Segregation und Binnenintegration dabei spielen könne. Dass hier mehr getan werden muss, steht außer Frage. Was allerdings getan werden kann, ist eine empirische Frage, die von Quartier zu Quartier unterschiedlich wird beantwortet werden müssen (vgl. hierzu auch Kronauer/Vogel 2000).

2. Zur These von der „Krise“ der „Integrationsmaschine Stadt“

„Großstädte“ – so beginnen Hartmut Häußermann und Ingrid Oswald (1997: 9) ihr Editorial zum kürzlich erschienenen Sonderband „Zuwanderung und Stadtentwicklung“ des Leviathan – „entstehen und wachsen durch Zuwanderung. Zuwanderung ist konstitutiver Bestandteil von Stadtentwicklung. Ohne Zuwanderung gibt es nicht nur kein Bevölkerungswachstum, selbst Stabilität der Bevölkerung würde es in Großstädten ohne Zuwanderung nicht geben.“

Dieses Zitat sei an den Beginn der folgenden Ausführungen gestellt, weil in ihm hinsichtlich Zuwanderung noch nicht differenziert wird: die Zuwandernden werden noch nicht in Ausländer und Deutsche, in EU- und andere Ausländer, in Aus- und Übersiedler eingeteilt; und das ist gut so, denn dies erlaubt, die Frage nach dem Verhältnis von Stadt und gesellschaftlicher Integration weiter als nur auf ausländische Migrantinnen und Migranten bezogen zu fassen, wie dies üblicherweise getan wird. Damit steigt auch die Chance, mit dieser erweiterten Perspektive zu anderen Antworten zu kommen. Gleichwohl wird letztlich die Unter-

scheidung zwischen ethnischer Migration und der Land-Stadt-Migration des 19. Jahrhunderts wieder aufgegriffen werden müssen.

Aus diesem allgemeinen Zusammenhang von Stadtwachstum und Zuwanderung ist auch das Bild von der „Stadt als Integrationsmaschine“ entstanden, das Hartmut Häußermann in verschiedenen Veröffentlichungen entworfen hat. Wichtig im Kontext der folgenden Argumentation ist allerdings weniger dieses Bild als die in der Folge entwickelte These, dass die Stadt heute nicht mehr als Integrationsmaschine funktioniere. Die Krise der „europäischen Stadt“, so Häußermann, komme durch das Zusammenwirken demographischer, arbeitsmarkt- und wohnungsmarktbezogener Prozesse zustande.² Diese Thesen seien zunächst kurz erläutert:

Demographische Entwicklung

Hier zählt nicht nur die Zunahme des Ausländeranteils in den Städten, sondern vor allem die Veränderung der Wanderungsmotive. Die Zuwandernden „sind nicht angeworben, nicht eingeladen, sondern werden durch ihre eigene Lebenssituation (zur Zuwanderung) veranlaßt“ (Häußermann 1998: 164).

Arbeitsmarkt

Hier dominiere der Prozess der Tertiarisierung. Während die Zahl der industriellen Arbeitsplätze – vor allem im Bereich der unqualifizierten Arbeit – abnimmt, wächst zwar die Zahl der Dienstleistungsarbeitsplätze, die aber die Arbeitsplatzverluste in der Industrie nicht kompensieren kann. In dieser Situation gebe „es im Grundsatz zwei Alternativen: einerseits die Möglichkeit, daß sich die Tätigkeiten nach Qualifikation und Verdienst innerhalb der Beschäftigung polarisieren (das ‚amerikanische Modell‘), andererseits die Möglichkeit, daß die Spaltung zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen zunimmt, sich also die Polarisierung zwischen dem Segment der Beschäftigten und dem Segment der dauerhaft Arbeitslosen herausbildet (...). Gegenwärtig dominiert in Deutschland die Tendenz zu einer Spaltung zwischen ‚drinnen‘ und ‚draußen‘.“ (ebenda: 165 f.)

Wohnungsmarkt

Hierauf bezieht sich das wichtigste Argument. Der Abbau des sozialen Wohnungsbaus, die Privatisierung der aus der Sozialbindung entlassenen Wohnungen sowie die Sanierung des innerstädtischen Altbaubestands führen dazu, dass nicht

2 Zuletzt in Häußermann/Kapphan (2000). Wenn ich es richtig sehe, verwendet Häußermann inzwischen den Begriff „Integrationsmaschine“ nicht mehr, jedenfalls taucht er in dem mit Kapphan verfassten Buch über Berlin nicht auf. Wenn sich auch in der Sache selbst dadurch nichts geändert hat, so ist die Darstellung durch den Verzicht auf die „Integrationsmaschine“ weniger plakativ. Vgl. auch unten Anm. 4.

nur immer weniger billige Wohnungen zur Verfügung stehen; der immer noch vorhandene Bestand an Mietwohnungen im sozialen Wohnungsbau sei hauptsächlich in den peripheren Großwohnanlagen in Großsiedlungen zu finden. Dies führe dazu, dass sich die Zuwanderung auf jene stadträumlichen Bereiche konzentriert, die von ihrer Lage und infrastrukturellen Qualität benachteiligt sind – und dies berge tatsächlich die Gefahr einer Entstehung von Ghettos nach amerikanischem Vorbild in sich: „Dadurch wird die sozialräumliche Struktur der Städte selbst zu einer Determinante von gesellschaftlichen Formationen. Die Frage ist, ob wir uns wieder sozialräumlichen Strukturen nähern, die wir aus der Stadt des 19. Jahrhunderts kennen.“ (ebenda: 169)

Diese Entwicklungen, vor allem die auf den Märkten, versteht Häußermann als das Scheitern der „systemischen“ Integration, die auf ökonomischem Wachstum, Arbeitsteilung und sozialer Sicherung beruhe:

„Wenn ein wachsender Teil der Bevölkerung ökonomisch, sozial und räumlich ausgegrenzt wird und wenn einem wachsenden Teil der Stadtbevölkerung die Hoffnung geraubt wird, ein menschenwürdiges Leben führen zu können, dann nimmt sich die Stadt insgesamt den sozialen Frieden ... Einem städtischen Raum, in dem der latente Bürgerkrieg herrscht, ist die Stadtkultur verloren gegangen. ‚Urbanität‘ ist nicht nur eine Frage der Sozialpsychologie, sondern setzt eine Integration auch der marginalisierten Teile der Stadtbevölkerung über eine Existenzsicherung voraus, bei der die Sicherheit der Wohnung eine herausragende Bedeutung hat.“ (ebenda: 170)

Unter welchen Voraussetzungen kommt die Stadtsoziologie zu diesen Annahmen, welches sind die Prämissen des Bildes von der „Stadt als Integrationsmaschine“? Sieht man genauer hin, so scheint der Terminus „europäische Stadt“ des 20. Jahrhunderts in Häußermanns Argumentation eigentlich für die Stadt in den ersten etwa 25 Jahren bundesrepublikanischer Entwicklung zu stehen.³ Denn nur in dieser Phase war die Stadtentwicklung vor allem durch eine quantitativ bedeutsame Verwirklichung des sozialen Wohnungsbaus (entstanden war dieser ja schon in der Weimarer Republik) Ausdruck einer sozial ausgleichenden Gesellschaftspolitik. Eine vergleichsweise soziale Durchmischung der Stadt, wie sie der soziale Wohnungsbau der 50er- und 60er-Jahre im Rahmen des sich rasant entfaltenden Fordismus in der Bundesrepublik Deutschland bewirkt hat, hat es in dieser Ausprägung meines Wissens weder in Großbritannien noch in Frankreich oder in Italien gegeben, obgleich auch dort Formen des sozialen Wohnungsbaus entwickelt wurden. Das Kaiserreich um die Jahrhundertwende und die Weimarer Republik,

3 Noch genauer betrachtet und auf die Hauptphase der Migration in die Bundesrepublik bezogen handelt es sich nur um die 15 Jahre von 1960 bis 1975, aber zunächst geht es um die Rolle des sozialen Wohnungsbaus, noch nicht um die Migration von Ausländern.

in deren Kontinuität Häußermann die bundesrepublikanische Entwicklung sieht, können meines Erachtens lediglich vom sozialen Anspruch der reformorientierten Minderheit der Gesellschaft in diese Kontinuität einbezogen werden. Gerade die systemische Integration hat in der Weimarer Republik nur sehr begrenzt funktioniert, so begrenzt, dass die Nationalsozialisten nicht die geringsten Schwierigkeiten hatten, die nicht funktionierende systemische Integration durch eine rassenfeindliche Ideologie zu ersetzen. Die mit Letzterer verbundene Integration funktionierte tatsächlich, und zwar auf der Basis der Ausgrenzung und Ermordung der Juden (und anderer „Minderheiten“), der Verfolgung und Vernichtung aller Fremden. Dieser Bruch macht es schwer, eine historisch kontinuierliche Entwicklung hin zu einer sozialen Stadt zu sehen.

Auch wenn Häußermann den Terminus „europäische Stadt“ hauptsächlich zur Abgrenzung einer sozialdemokratisch/sozialistisch mitbestimmten Stadtentwicklung von der immer schon sozial stark segregierten und gerade nicht sozialistisch beeinflussten amerikanischen Stadt verwendet, erscheint es mir angemessener, nicht pauschal von der Krise der europäischen Stadt zu sprechen, sondern sich auf die Entwicklungen der deutschen Stadt im 20. Jahrhundert zu beziehen und sich die Frage zu stellen: In welcher Phase haben die Städte tatsächlich als „Integrationsmaschinen“ funktioniert? Dass sie dies in den ersten 45 Jahren des 20. Jahrhunderts nicht taten, scheint mir offensichtlich. Zwar ist der soziale Wohnungsbau in der Bundesrepublik ohne die Entstehung des Genossenschaftswesens in den 20er-Jahren nicht vorstellbar, aber von einer systemischen Integration sind die 20er-Jahre noch weit entfernt. Um es zu wiederholen: die einzige im Sinne von Häußermann wirklich herausragende Phase sind die 25 Jahre von 1950 bis 1975; unter der Migrationsperspektive ausländischer Migrantinnen und Migranten sogar nur die 15 Jahre von 1960 bis 1975.

Über diese zeitliche Einschränkung der Stadtentwicklungsdynamik auf einen relativ kurzen Zeitraum hinaus muss aber auch grundsätzlicher gefragt werden: Sind es tatsächlich die Städte, die eine Integrationsleistung erbringen?⁴ Die Voraussetzung aller jener Positionen, die der Stadt Integrationsleistungen zusprechen, liegt in der Verselbständigung der Stadt zur „sozialen Einheit“ – ein Prozess, der zwar der Stadtsoziologie selbstverständlich erscheint, der aber – wie ich zu zeigen hoffe – sehr problematische Konsequenzen hat. Stadt als „soziale Einheit“ impliziert die Vorstellung, die Stadt habe sozial zu sein, und sozial bedeutet gerecht, und gerecht bedeutet Chancengleichheit für alle. Dieser normativen Vorstellung sind zwei Argumente entgegenzuhalten:

4 Ich möchte in meiner Argumentation auf die Wortschöpfung „Integrationsmaschine“ wegen deren sozialtechnischer Implikationen gerne verzichten. Sie legt auch die Vorstellung nahe, man könne eine kaputtgegangene Maschine reparieren.

Seit der Auflösung der Stadt als politischer Einheit ist es der Nationalstaat mit seiner politisch ausformulierten und rechtlich sanktionierten Gesellschaftspolitik, der über die politischen Formen der Integration entscheidet.

Integration bezieht sich nicht auf eine soziale Einheit Stadt, sondern auf die Mehrdimensionalität gesellschaftlichen Lebens. Integriert in eine Gesellschaft werden Menschen über ihre Teilhabe an den verschiedenen gesellschaftlichen Funktionssystemen, an Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, Familie, Recht und anderen. Es handelt sich um Funktionssysteme, an deren Gestaltung die „Stadt“ einen allenfalls marginalen Anteil hat.

Das normativ „aufgeladene“ Urbanitätskonzept mit seinem Konstrukt der Stadt als kultureller Einheit, mit der Vorstellung eines harmonischen Miteinander, mit der Argumentationsfigur der „städtischen Gesellschaft“ verschleiert, dass die Stadt keine soziale Einheit ist. Manchmal habe ich den Eindruck, dass wir Stadtsoziologen uns den Erkenntnissen einer Soziologie der modernen Gesellschaft verschließen und stattdessen nostalgisch an einer Vorstellung von Stadtgesellschaft festhalten, die all das besser machen können soll, was die Gesellschaft nicht fertig bringt. Wir hindern uns selbst daran, die Frage nach der Bedeutung der Stadt als Ort so zu stellen, dass sich uns andere Einsichten erschließen. Was wir dafür brauchen, ist ein von Normativität entlasteter Stadtbegriff – das schiere Gegenteil der Urbanitätskonzepte. Darauf komme ich weiter unten zurück.

Auch wenn Hartmut Häußermann mit seiner Konzeption einerseits auf den Markt und demographische Prozesse, andererseits auf eine nicht genau ausgeführte Vorstellung von städtischer Gesellschaft und sozialer Einheit rekurriert, auch wenn man fragen könnte, ob nicht statt Demographie und Markt Wohlfahrtsstaat und Politik versagen – insgesamt handelt es sich bei Häußermanns Thesen eher um Fragen als um dezidierte Feststellungen, eher um ein Szenario potenzieller Entwicklungen als um die alarmierte Behauptung, wir seien bereits wieder im 19. Jahrhundert angekommen. Allerdings bieten sich solche Szenarien auch den drastischeren Interpreten an, die für sich nicht die nostalgische Vorstellung der Stadtsoziologie geltend machen können. Wilhelm Heitmeyer hat – sich auf Häußermann berufend – unter dem Titel „Versagt die ‚Integrationsmaschine‘ Stadt?“ die Konsequenzen aus der stadtsoziologischen Darstellung gezogen, ohne deren Prämissen selbst kritisch zu beleuchten. Auch auf diese soll hier noch kurz eingegangen werden.

Im letzten Beitrag des von ihm mitherausgegebenen Sammelbands „Die Krise der Städte“ fasst Heitmeyer die vorliegenden Analysen folgendermaßen zusammen: „Resümiert man nun die aktuellen Beschreibungen zur Zukunft europäischer Stadtentwicklung, dann lassen sich die Analysen auf drei qualitative Aspekte eines Krisenzusammenhangs fokussieren. Es sind dies Hinweise auf die *Desintegration der Stadtgesellschaft*, eine *Zweckentfremdung des öffentlichen Raums* und eine *Entzivilisie-*

rung des Verhaltens von einzelnen Menschen und Gruppen. Infolgedessen muss das Versagen der bisher funktionierenden ‚Integrationsmaschine‘ Stadt ins Kalkül gezogen werden.“ (Heitmeyer 1998: 443, Hervorhebungen im Original). Dies sei nahe liegend, weil „generell Desintegration als negativ zukunftssträchtiger Begriff in der Debatte“ sei (ebenda). In seinem eigenen Beitrag konzentriert sich Heitmeyer auf die residentielle Segregation und deren Folgen. Im Einzelnen verfolgt Heitmeyer die folgenden „Thesen“:

- Segregation sei ein „Ausweis von sozialer Desintegration“ und wirke sich „zerstörerisch für die Stadtgesellschaft“ aus.
- Segregation wirke auch auf das Zusammenleben der Menschen in den segregierten Gebieten zerstörerisch.
- Binnenintegration für ethnische Minderheiten führe zur „Zementierung sozialer Ungleichheit zugunsten der Mehrheitsgesellschaft und zugunsten neuer Abhängigkeiten von religiösen und ethnischen Gemeinschaften“.
- Die gesellschaftliche Entwicklung – dies wird als vierte These vertreten – führe zu einer Verstärkung von Segregation (alle vier Thesen ebenda: 444).

Zu diesen Thesen gelangt man, wenn man den Begriff „Stadtgesellschaft“ übernimmt, ohne sich darüber im Klaren zu sein, wie fragil solche Formulierungen sind. Letztere Erkenntnis haben Stadtsoziologen nach jahrzehntelangen Diskussionen über den Gegenstand der Stadtsoziologie so verinnerlicht, dass sie sie nur noch selten explizit formulieren.⁵

Auf der Suche nach gesellschaftlicher Desintegration wird man übrigens immer fündig, weil Gesellschaft nun einmal aus einer komplexen und widersprüchlichen Gleichzeitigkeit von Differenzierung und Entdifferenzierung, von Integration und Desintegration besteht. Eine Soziologie, die nur nach Desintegration forscht, läuft Gefahr, dem Topos der Zeitkritik aufzusitzen, nach dem zu jeder Zeit immer alles schlechter ist als gerade noch zuvor. Tatsächlich aber scheint mir das Bild einer zerfallenden Gesellschaft eine grobe Überzeichnung und das Produkt einseitiger, ideologiegeleiteter Recherche zu sein. Dass Heitmeyer die gesellschaftliche Desintegration in der Stadtgesellschaft sucht und findet, verführt ihn dazu, der Stadt die Formen der Segregation zuzurechnen – ohne das implizite stadtsoziologische Wissen ein stadtsoziologischer Fehlschluss.

Im Folgenden sollen zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen zu Migrationsprozessen formuliert werden, um so die Rahmenbedingungen der Debatte um Integration/Desintegration klarer in den Blick zu bekommen. Sodann werde ich versuchen zu zeigen, dass historisch gesehen Prozesse der Stadtentwicklung – und

⁵ Allerdings wäre es besser, wenn auch die Stadtsoziologie sich ihrer Voraussetzungen häufiger vergewisserte.

diese basierte zu allen Zeiten auf Migration, erinnert sei hier an die eingangs zitierte Formulierung von Häußermann/Oswald – immer Inklusion und Exklusion gleichzeitig hervorgebracht haben. Neben gelungener gibt es immer auch misslungene Integration. Mit diesen Argumenten sei keineswegs behauptet, in unserer Gesellschaft sei alles zum Besten bestellt. Politischen Strategien zur Verbesserung von Integrationschancen ist allerdings nicht damit gedient, dass die Wissenschaft die einschlägigen Sachverhalte unter der Voraussetzung erhebt, was richtig oder falsch ist, sei bereits entschieden. Vielmehr gilt es gesellschaftliche Prozesse unvoreingenommen darzustellen und zu analysieren. Oder anders gesagt: Wissenschaft sollte sich die Gesellschaft, die sie untersucht, nicht vorher zurecht legen.

3. Anmerkungen zur Migration

Hier sei zunächst einmal auf zwei sehr einfache Sachverhalte verwiesen: Auf dem Gebiet der Bundesrepublik gab es 1950 etwa acht Millionen Vertriebene, zwischen 1950 und 1961 kamen nochmals 2,6 Millionen DDR-Übersiedler hinzu (vgl. Datenreport 1999: 26). Dies sind – wenn man davon ausgeht, dass nicht alle in der Bundesrepublik blieben – knapp zehn Millionen Menschen (Zuwandernde), die in die bundesrepublikanische Gesellschaft aufgenommen wurden. Die Fremdheit der Zuwandernden, die blieben, löste sich über eher kurz als lang in eine Form nicht bedingter Assimilation auf. Dies unterscheidet diese Gruppe von den ausländischen Migrantinnen und Migranten. Ihre Fremdheit war nur relativ und stand einer Integration nicht im Wege.

„Zwischen 1961 und 1997 sind insgesamt 23,1 Millionen ausländische Staatsangehörige in das frühere Bundesgebiet bzw. nach Deutschland zugezogen, und 17,0 Millionen haben es wieder verlassen.“ (Datenreport 1999: 26) Von den ausländischen Migrantinnen und Migranten ist also weniger als ein Drittel in der Bundesrepublik geblieben, und dies in einem Zeitraum von 36 Jahren. Es ist wichtig, sich diese Daten vor Augen zu führen, weil sie die migrationsbezogenen Argumentationen in doppelter Weise begrenzen: Es sind zwar viele ausländische Migrantinnen und Migranten geblieben, es sind aber etwa zweieinhalbmal so viele wieder weggegangen. Darüber hinaus ist auch keineswegs eindeutig, dass es sich bei diesen gut sieben Millionen um dauerhafte Immigranten handelt. Der Sachverhalt kann also Unterschiedliches bedeuten: Einerseits kann man daraus schließen, dass sich die Frage einer dauerhaften Integration nicht bei allen Migrantengruppen gleich stellt; andererseits ist zu vermuten, dass sich in den hohen Wegzugszahlen nicht nur die Arbeitsmigranten, sondern auch solche mit der Erfahrung misslungener Integration finden – ein Phänomen, auf das wir vor allem bei den klassischen Einwanderungsländern wie den USA stoßen und das der Vorstellung einer im Einwanderungsland immer gelingenden Integration doch einen herben Schlag

versetzt: „Rund 60 Prozent der Italiener zum Beispiel, die um die Jahrhundertwende in die USA emigrierten, kehrten nach Italien zurück.“ (Sassen 1996: 159) Insgesamt scheint von allen um 1900 nach Amerika Auswandernden etwa ein Drittel nach Europa zurückgekehrt zu sein (Hoerder 1986: 9). Schniedewind weist allerdings in Bades Migrationsstudie „Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland“ (1992: 179 ff.) darauf hin, dass die Rückwandernden insgesamt vier Gruppen umfassen: neben den Erfolglosen sind dies die Erfolgreichen, die aber ihren Erfolg in die alte Heimat transferierten; die Innovativen, die neu Erlerntes in der alten Heimat einsetzen wollten, und schließlich diejenigen, die ihren Lebensabend in der alten Heimat verbringen wollten. Dies sollte nicht übersehen werden.

Saskia Sassen hat in ihrer historisch weit ausholenden Untersuchung von Migrationsprozessen auf deren *strukturierten* Charakter hingewiesen. Nie sei die Mehrheit einer Bevölkerung migriert, immer nur eine Minderheit, trotz großer Armut und selbst in den Zeiten, als es noch keine Grenzkontrollen gab. In den Aufnahmegesellschaften seien die Migrantinnen und Migranten immer eine Minderheit gewesen, und immer seien sie diskriminiert worden, selbst wenn sie der gleichen Rasse und Kultur angehörten. Vor allem aber hat Sassen den systemischen Charakter von Wanderungsprozessen hervorgehoben: „Aus der Vergangenheit können wir lernen, daß Einwanderungsprozesse in gewissem Maße aus einer Reihe geographisch eingrenzbarer Ereignisse bestehen, die einen Anfang und ein Ende haben und sämtlich von den wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Funktionen und Strukturen der Zielländer abhängig sind.“ (Sassen 1996: 153) Die Tendenz zur Anpassung an die Bedingungen der Zielländer – so Sassen (ebenda) – sei immer erkennbar. Und in der Tat zeigt sich, dass die Zuwanderungsprognosen keineswegs so eintreffen, wie sie aufgestellt wurden. Häußermann (1998: 145) z.B. berichtet: „Prognosen gehen für den Zeitraum zwischen 1996 und 2000 von einer weiteren Zunahme um 2,2 Millionen aus und für das darauffolgende Jahrzehnt von weiteren 3,7 Millionen.“ Tatsächlich hat aber die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik von 6 990 510 am 31.12.1994 auf 7 343 600 am 31.12.1999 und damit lediglich um 353 090 Personen zugenommen. So sehr es im Einzelnen unmöglich ist, die Gründe für diese Entwicklung exakt zu benennen, so sehr läßt sich eines nicht bestreiten: Die Prognosen waren falsch. Und: Es lassen sich unter den Gründen für den Zuwanderungsrückgang mit Sicherheit auch die schlechte Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt sowie vor allem die unsichere rechtliche Position ausländischer Migrantinnen und Migranten vermuten.

Dies alles sei hier erwähnt, weil die Ergebnisse der Untersuchung von Sassen und die Daten aus der Bundesrepublik zumindest eines bedeuten: „Prozentual und absolut scheint die Zahl der Migranten, die einen dauerhaften Wohnsitz im Zielland wünschen, beträchtlich kleiner zu sein, als die Gesamtzahl der ausländischen Ein-

wohner vermuten läßt.“ (Sassen 1996: 161) Dies aber hat Auswirkungen auf die Frage nach der Ausgestaltung von Integration, auf die Einschätzung von Binnenintegration und Segregation. Denn unter dieser Voraussetzung sind manche Erscheinungsformen von Exklusion (z.B. vom Wohnungsmarkt) und/oder Binnenintegration temporäre und akzeptierte Zustände zugunsten der Maximierung des in die Heimat transferierbaren Einkommens.⁶

4. Stadtentwicklung und Migration im 19. Jahrhundert

Die Urbanisierung hat sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, vor allem aber zwischen 1870 und 1910, rapide entwickelt: „Hatten zur Zeit der Reichsgründung erst acht Städte mehr als 100 000 Einwohner, waren es 40 Jahre später bereits 48. Der Anteil ihrer Bevölkerung an der gesamten Reichsbevölkerung stieg von 4,8 Prozent auf 21,3 Prozent (...).“ (Reulecke 1985: 68) Es ist die Zeit, für die die städtischen Wohnverhältnisse des zuziehenden Proletariats in den schwärzesten Farben geschildert wurden (statt vieler Niethammer 1976). Menschenunwürdige Wohn- und Lebensverhältnisse, Arbeitsverträge von kürzester Dauer sowie der Mangel an geeignetem Wohnraum führten zu zirkulärer Migration. Häufig wanderten die Arbeitskräfte auch nur für begrenzte Dauer in die Stadt, um den Rest der Zeit wieder in der eigenen ländlichen Heimat zu verbringen.

Man muss nicht auf Engels Beschreibung der Lage der arbeitenden Klasse in England zurückgreifen, um zu ahnen, dass der Urbanisierungsprozess keine bruchlose und zeitgleiche Aufwärtsentwicklung aller sozialer Klassen bedeutete. Not, Hunger, Krankheit, soziale Desorganisation, Alkoholismus, frühzeitiger Tod und anderes müssen als die treuen Begleiterscheinungen der Urbanisierung wahrgenommen werden. Gerade diese Stadt des 19. Jahrhunderts meint Häußermann, wenn er die Frage stellt, ob die heutige Stadt zurück auf dem Weg ins 19. Jahrhundert sei: die Stadt mit einer neuen wanderungsbedingten Unterschichtung und sozialräumlicher Segregation. Und doch ist diese Stadt des 19. Jahrhunderts auch zugleich jene, die eine ungeheure Integrationsleistung zustande brachte. Sie hat Integration gerade durch die Unterschichtung der Zuwandernden erreicht. Um es klar und deutlich zu formulieren: Erst von dem Augenblick an, in dem die Zugewanderten der städtischen Gesellschaft als unterste Schicht eingegliedert worden waren, konnte sozialer Aufstieg zu einer verfolgbaren Perspektive werden. Anders als Häußermann werte ich also diese Phase und den Prozess der Unterschichtung als

⁶ An dieser Stelle muss im Übrigen auch darauf hingewiesen werden, dass Migrantinnen und Migranten nach den Kriterien, aufgrund derer sie in den Zuwanderungsgesellschaften zu den neuen Unterschichten gezählt werden, in ihren Heimatländern völlig anders positioniert würden.

eigentliche Integrationsleistung der Städte, auch wenn der soziale Aufstieg für viele eine unerfüllte Hoffnung blieb. Nicht alle, aber doch der größte Teil dieser Zugewanderten waren Deutsche.

Auch für die Zuwanderung in die USA und für die dortige Stadtentwicklung lassen sich die gleichen Prozesse feststellen und analog interpretieren. Selbstverständlich ist die Zuwanderung von Fremden in ein Einwanderungsland etwas anderes als die ländliche Zuwanderung in die deutschen Städte des 19. Jahrhunderts. Aber bezogen auf die Frage der Integrationsleistung der Stadt sind die beiden Sachverhalte durchaus vergleichbar. Auch hier sei nochmals auf das Verhältnis von Zuwanderung und Stadt verwiesen, wie es im Eingangszitat von Häußermann/Oswald zum Ausdruck kommt: Stadtwachstum kommt durch Zuwanderung und nur durch Zuwanderung zustande. Anders als in Deutschland waren es in Amerika immer ethnisch Fremde, die zuwanderten; und je länger die ursprünglich Fremden im Land waren, als desto fremder wurden die neuen Einwanderer angesehen.

Man kann für die USA davon ausgehen, dass vor allem zwei Gruppen die Slums bewohnten: Teile der neu Zugewanderten und die Afroamerikaner, die aus dem ländlichen Süden der USA als Arbeitskräfte in die nordamerikanischen Städte geholt worden waren (vgl. D'Eramo 1996). Der 1894 gedruckte „Seventh Special Report of the Commissioner of Labor“ trägt den Titel: „The Slums of Baltimore, Chicago, New York, and Philadelphia“. In diesem Regierungsbericht wurden zwar nur kleinere Slumbezirke mit insgesamt 83 852 Einwohnern detailliert untersucht, aber: „The districts selected by no means contain the whole slum population of the cities included in the investigation. According to the best estimates the total slum population of Baltimore is about 25,000; of Chicago, 162,000; of New York, 360,000; of Philadelphia, 35,000.“ (Wright 1894: 12). Legt man die Einwohnerzahlen aller „Boroughs“ zugrunde, die ab 1898 zu New York gehörten (1890 waren das 2,5 Millionen gewesen), dann bedeutete dies, dass immerhin rund 14 Prozent der Bewohnerschaft in Slums wohnten. Bezieht man aber, was wahrscheinlich zutreffender ist, die 360 000 Slumbewohner auf die 1,5 Millionen Einwohner des bis 1898 eigentlichen New Yorks (Manhattan und Teile der Bronx), so sind es sogar etwa 24 Prozent der Bewohnerschaft, die in Slums wohnten (zu den Einwohnerzahlen vgl. Jackson 1995). Aber selbst die kleinere Zahl macht deutlich, in welchem Umfang die Urbanisierung auch in den USA Inklusion und Exklusion hervorbrachte, obgleich insgesamt die Integrationsleistung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Dennoch: Die Geschichte New Yorks im 19. Jahrhundert ist eine Aneinanderreihung von Unruhen und „Riots“, von denen neben den rassistischen Auseinandersetzungen oder jenen zwischen Immigrantengruppen nicht wenige auch Armut- und Hungeraufstände waren (vgl. hierzu Jackson 1995: 1006 f.; Burrows/Wallace 1998).

An diesen beiden Beispielen aus dem späten 19. Jahrhundert wird deutlich, als was Stadt – sofern man sie von dem ganzen normativen Ballast befreit – verstanden werden sollte. Stadt war im 19. Jahrhundert, als Industrialisierung und Urbanisierung zu eng miteinander verknüpften, parallelen Prozessen wurden, der Ort der Entstehung der modernen Gesellschaft, gerade nicht mehr der Ort unterschiedlicher Stadtgesellschaften; der Ort, an dem, im Unterschied zum Land und dessen agrarischer Produktionsweise, sich die industrielle Produktionsweise durchsetzt – und mit ihr die Interaktionsformen und Individualisierungsstrategien des modernen Individuums (vgl. Krämer-Badoni 1991: 17). Die Stadt ist der Ort, an dem ein Überschuss an Möglichkeiten den Individuen die Integration in die verschiedenen Dimensionen der modernen Gesellschaft überhaupt erst ermöglichte. Beide Bestandteile der Stadt des 19. Jahrhunderts zählen auch heute noch: Für viele Zuwanderer sind die Städte die Orte der Berührung mit Modernität, für alle Zuwanderer sind sie die Orte, an denen sich ein Überschuss an Möglichkeiten konzentriert.

5. Fazit

Auch wenn in diesem Beitrag nur einige wenige empirische Hinweise gegeben werden konnten, dürfte deutlich geworden sein, dass Zuwanderung und Stadtentwicklung im 19. Jahrhundert immer zugleich Inklusion und Exklusion hervorbrachten. Die Frage lautet daher eigentlich: Wieso fand und findet Zuwanderung trotz der Gleichzeitigkeit von Inklusion und Exklusion statt? Was macht die Stadt trotz des für die Migrantinnen und Migranten hohen Risikos des Scheiterns attraktiv?

Diese Frage wird von den hier betrachteten Autorinnen und Autoren so nicht gestellt, ja kann so nicht gestellt werden, weil diese Autorinnen und Autoren die Gleichzeitigkeit von Inklusion und Exklusion im Prozess der Stadtentwicklung nicht zulassen und daher nicht sehen wollen, und weil im Grunde genommen die einzige Phase in der Entwicklung der letzten 150 Jahre, in der es nur ein geringes Ausmaß an Exklusion (bei großem gesellschaftlichem Reichtum) gab, die ersten 25 Jahre der Bundesrepublik, normativ zum Normalfall erhoben wird. Dabei dürfte gerade diese Phase die erklärungsbedürftige Ausnahme sein, nicht der Normalfall, man denke nur an die berühmte Publikation von Burkart Lutz „Der kurze Traum immerwährender Prosperität“ (1984), in der die gleichen 25 Jahre bundesrepublikanischer Wirtschaftsentwicklung als Ergebnis einer nicht wiederholbaren Konstellation ungewöhnlicher Faktoren charakterisiert werden. Rekonstruiert man aus dieser Phase die Standards der systemischen und sozialen Integration, so überschätzt man aus systematischen Gründen die Integrationsfähigkeit von Gesellschaften unter „normalen“ Entwicklungsbedingungen.

Unter prosperierenden Bedingungen finden mehr Zuwanderer Beschäftigung und Wohnung, dies ist Bestandteil der von Häußermann so genannten systemischen Integration. Mit der Arbeitslosigkeit der 80er- und 90er-Jahre des 20. Jahrhunderts ist es für untere Schichten der städtischen Bevölkerung – und zu denen gehören die Migrantinnen und Migranten mit ganz wenigen Ausnahmen immer – sicher schwieriger geworden, eine Beschäftigung zu finden. Allerdings muss man, wenn man bei der ausländischen Arbeitsbevölkerung einen Anteil von 20 bis 30 Prozent Arbeitslosen vorfindet, auch zugleich feststellen, dass 70 bis 80 Prozent von ihnen eine Beschäftigung haben, wobei die Beschäftigung in intra-ethnischen Beziehungsgeflechten hier gar nicht mit erfasst sein dürfte. Bei welchem Prozentsatz – so möchte man hier doch fragen – beginnt eigentlich gesellschaftliche Desintegration?

Häußermann spricht davon, dass einem wachsenden Teil der Stadtbevölkerung die Hoffnung geraubt wird, ein menschenwürdiges Leben zu führen, und sieht darin die Gefahr, dass die Stadt als soziale Einheit zerbricht. Die Stadt war aber seit Beginn der Industrialisierung nie eine soziale Einheit – immer war sie nur die komplexe Struktur, die aufgrund ihres Überschusses an Möglichkeiten das Einleben in die moderne Gesellschaft ermöglichte. Dies geschah fast immer in gegeneinander abgeschotteten, sozusagen binnenintegrativen Bereichen, ohne dass dies per se Integration in die verschiedenen Dimensionen der modernen Gesellschaft behindert hätte; eher ist das Gegenteil der Fall. Stadt hat immer schon aus der gleichzeitigen Existenz von Differentem bestanden, aus der Heterogenität von Tätigkeiten, Individuen, Gruppen und Standorten. Auch heute lassen sich die neuen Formen städtischer Siedlungsstrukturen als ein Nebeneinander von Vielheit begreifen. Und genau darin liegt ihre Stärke für die Zuwanderer: Nur dort, wo es viele Möglichkeiten gibt, viele Tätigkeiten, Ärzte, potenzielle Lebenspartner, Rechtsberater usw., hat das Scheitern in *einer* Dimension nicht gleich kumulative und exkludierende Wirkung in *allen* Dimensionen. Und nur dort, wo Immigrantengruppen stark genug sind, um eine eigene Nischenökonomie zu entwickeln, finden weitere Zuwanderer eine zusätzliche Möglichkeit des Überlebens. Meistens geht dies mit räumlicher Segregation einher, diese ist aber keineswegs immer eine Voraussetzung ethnischer Nischenökonomie (vgl. Mingione 1999).

Weil dies so ist, symbolisiert die Stadt für die Zuwanderer auch heute noch genau die gleiche Hoffnung, wie sie dies seit Beginn der Industrialisierung getan hat. Die Hoffnung und Chance auf einen sozialen Aufstieg (im Heimatland oder in der Aufnahmegesellschaft) wird immer bleiben, solange es überhaupt sozialen Aufstieg gibt. Anders gesagt: Solange es überhaupt das Segment der Gutverdienenden gibt, wird es auch die Hoffnung geben, dass es einen Weg in dieses Segment gibt. Die Bedingungen, unter denen ausländische Migrantinnen und Migranten diesen Weg finden und gehen können, werden weder von den Städten noch von einer

„Stadtgesellschaft“ formuliert. Sie sind das Ergebnis nationaler und – zunehmend – supranationaler Kalküle und Politiken.

Literatur

- Burrows, Edwin G./Wallace, Mike (1998), *Gotham: A History of New York City to 1898*, New York, NY u.a.
- D’Eramo, Marco (1996), *Das Schwein und der Wolkenkratzer. Chicago: Eine Geschichte unserer Zukunft*, München.
- Häußermann, Hartmut (1998), *Zuwanderung und die Zukunft der Stadt*, in: Heitmeyer/Dollase/Backes (Hrsg.), S. 145–175.
- Häußermann, Hartmut/Kapphan, Andreas (2000), *Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990*, Opladen.
- Häußermann, Hartmut/Oswald, Ingrid (Hrsg.) (1997), *Zuwanderung und Stadtentwicklung, Opladen (Leviathan, Sonderheft 17)*.
- Heitmeyer, Wilhelm/Dollase, Rainer/Backes, Otto (Hrsg.) (1998), *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*. Frankfurt/M.
- Heitmeyer, Wilhelm (1998), *Versagt die „Integrationsmaschine“ Stadt?*, in: Heitmeyer/Dollase/Backes (Hrsg.), S. 443–467.
- Hoerder, Dirk, (1986), *Labor Migration Project. Bremen als Auswandererhafen – Bremen als Forschungsstelle für Wanderungsbewegungen*. In: *Impulse* Nr. 2, Oktober 1986, Bremen, S. 9–13.
- Jackson, Kenneth T. (Hrsg.) (1995), *The Encyclopedia of New York City*. New Haven & London.
- Krämer-Badoni, Thomas (1991), *Die Stadt als sozialwissenschaftlicher Gegenstand*, in: Häußermann, Hartmut u.a., *Stadt und Raum. Soziologische Analysen*, Pfaffenweiler, S. 1–29.
- Kronauer, Martin/Vogel, Berthold (2001), *Erfahrung und Bewältigung sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartierseffekte, was Lageeffekte?*, in: Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hrsg.): *Stadt am Rand*. Frankfurt/M. (im Erscheinen).
- Lutz, Burkart (1984), *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/M.
- Mingione, Enzo, (1999), *Symposium: Immigrants and the Informal Economy in European Cities*, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, Vol. 23, Nr. 2 (1999), S. 209–211.
- Niethammer, Lutz (mit Franz Brüggemeier) (1976), *Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich?* In: *Archiv für Sozialgeschichte*, Band XVI, S. 61–134.
- Reulecke, Jürgen (1985), *Geschichte der Urbanisierung in Deutschland*. Frankfurt/M.
- Sassen, Saskia (1996), *Migranten, Siedler, Flüchtlinge. Von der Massenauswanderung zur Festung Europa*, Frankfurt/M.
- Schniedewind, Karen, (1992), *Fremde in der Alten Welt: die transatlantische Rückwanderung*, in: Bade, Klaus J. (Hrsg.): *Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart*, München, S. 179–185.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (2000), Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Wright, Carroll Davidson (1894): *The Slums of Baltimore, Chicago, New York, and Philadelphia*. Seventh Special Report of the Commissioner of Labor, Fotomechanischer Nachdruck 1970, New York.